

Chronologie

November / Dezember 2007*

November

1.11. Der Politiker des Parti socialiste (PS) und ehemalige Finanzminister im Kabinett Jospin, Dominique Strauss-Kahn, übernimmt das Amt des geschäftsführenden Direktors des Internationalen Währungsfonds (IWF). Sein spanischer Vorgänger Rodrigo Rato hatte im Juni 2007 überraschend seinen Rücktritt angekündigt. Zu den künftigen Aufgaben Strauss-Kahns zählen eine Reform der Struktur des IWF mit dem Ziel einer stärkeren Einbeziehung der Schwellenländer sowie die Bewältigung der seit Monaten andauernden Krise der internationalen Kreditmärkte.

4.11. Bei einem überraschenden Besuch in der Republik Tschad erreicht Staatspräsident Nicolas Sarkozy in Verhandlungen mit seinem Amtskollegen Idriss Déby die Freilassung von drei französischen Journalisten sowie sechs Mitgliedern der Besatzung eines spanischen Flugzeuges. Sie waren Ende Oktober zusammen mit Mitgliedern der französischen Kinderhilfsorganisation „Arche de Zoé“ festgenommen worden, nachdem sie versucht hatten, 103 angeblich elternlose Kinder aus dem Tschad auszufliegen, um sie an französische Familien zu vermitteln. Ihnen wird Kindesentführung vorgeworfen, da die meisten der Kinder augenscheinlich keine Waisen sind. Sarkozy fordert eine Auslieferung der übrigen sechs französischen Staatsbürger.

5.11. Der weltgrößte Luxusgüterkonzern LVMH übernimmt vom britischen Medienkonzern Pearsson die Wirtschaftszeitung *Les Echos*. Ein Pariser Gericht hatte der Übernahme für einen Kaufpreis von 240 Millionen Euro zugestimmt, die bis Ende des Jahres abgeschlossen sein soll. Die Redaktion der Zeitung lehnt die Übernah-

me ab und reagiert mit Streik. Mitarbeiter und Vertreter der Journalistengewerkschaft SDJ fürchten um die politische Unabhängigkeit der Zeitung, da der Vorstandsvorsitzende des LVMH-Konzerns, Bernard Arnault, als enger Freund von Staatspräsident Sarkozy gilt. Voraussetzung für die Übernahme ist der Verkauf der Zeitung *La Tribune*, die aktuell ebenfalls zum Konzern LVMH gehört. Die Mitarbeiter bei *La Tribune* fürchten einen massiven Stellenabbau durch einen Verkauf und reagieren ebenfalls mit Streik.

6.11. Das Bureau national des PS spricht sich für den in Lissabon verabschiedeten vereinfachten EU-Vertrag aus. Im Gegensatz zur Debatte über den Vertrag über eine Verfassung für Europa im Jahr 2005 zeigt sich die Partei in ihrer Entscheidung einig. Uneinigkeit herrscht dagegen über die vom PS favorisierte Methode der Ratifizierung. Teile der Partei fordern erneut ein Referendum, andere unterstützen den von der Regierung angekündigten Weg einer Ratifizierung im Parlament.

7.11. Bei seinem ersten offiziellen Besuch in den USA betont Staatspräsident Sarkozy in einer Rede vor dem Kongress die Bedeutung der französisch-amerikanischen Freundschaft und kündigt die Weiterführung des französischen Engagements in Afghanistan an, wo aktuell circa 1 900 französische Soldaten stationiert sind. Sarkozy bemüht sich, das Verhältnis zwischen Frankreich und den USA zu verbessern, das durch die Ablehnung einer französischen Beteiligung am Irak-Krieg durch die Regierung Chirac in eine Krise geraten war. Er sagt US-Präsident George W. Bush die Unterstützung Frankreichs für dessen strikt ablehnende Haltung gegenüber dem Atomprogramm des Iran zu.

* Zusammengestellt vom Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

8.11. Ein vor zwei Monaten von Staatspräsident Sarkozy eingesetzter Fachausschuss unter dem Vorsitz des Professors Joel Ménard, der mit der Entwicklung eines „Aktionsplans Alzheimer“ betraut worden war, legt heute seinen Abschlussbericht vor, der großes Medieninteresse erfährt. Die Kommission fordert etwa 50 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln für Forschung und Behandlung der Demenzerkrankung.

8.11. An 1350 weiterführenden Schulen startet ein Pilotprojekt zur Betreuung der Schüler auch nach 16 h. Angeboten werden Hausaufgabenhilfe sowie sportliche und künstlerische Aktivitäten. Das Betreuungsangebot soll ab dem Schuljahr 2008 / 2009 an allen weiterführenden Schulen eingeführt werden.

8.11. Mehrere tausend Studenten protestieren in verschiedenen Universitätsstädten gegen das geplante Gesetz der Ministerin für Bildung und Forschung, Valérie Pécresse, zur Hochschulfinanzierung. Mehrere Universitäten bleiben geschlossen. Der Gesetzentwurf sieht vor, die Autonomie der Universitäten im Bereich der Finanzierung zu erhöhen und eine stärkere Anbindung an Unternehmen zu ermöglichen. Die Studenten fürchten einen „Ausverkauf der Bildung an die Wirtschaft“ und einen schrittweisen Rückzug des Staates aus der Bildungsfinanzierung. Zudem sehen sie die Gefahr, dass einzelne Eliteinstitutionen entstehen, die über Finanzmittel aus der Wirtschaft verfügen.

12.11. In Berlin findet der erste deutsch-französische Ministerrat in der Amtszeit von Staatspräsident Sarkozy statt. Die Politiker informieren sich über unterschiedliche Integrationsprojekte in Berlin; so besuchen Staatspräsident Sarkozy und Premierminister François Fillon das bilinguale Gymnasium Romain-Rolland, an dem viele Schüler mit Migrationshintergrund unterrichtet werden. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier und der französische Außenminister Bernard Kouchner nehmen gemeinsam mit dem deutsch-türkischen Musiker Muhabbet in einem Tonstudio einen Song mit dem Titel „Deutschland“ auf, der junge Migranten ermutigen soll, etwas aus sich zu machen, und einen Forderungskatalog an die deutsche Gesellschaft enthält.

14.11. Am Abend beginnt ein Streik der Mitarbeiter der staatlichen Eisenbahngesellschaft SNCF und der

Pariser Verkehrsbetriebe RATP. Zahlreiche Fern- sowie Regionalzüge und Metros fallen aus. Die Arbeitnehmer protestieren gegen die geplanten Reformen des Rentensystems der Regierung Sarkozy. Durch sie sollen Sonderregelungen im Rentensystem abgeschafft werden, die es bestimmten Berufsgruppen in öffentlichen Unternehmen ermöglichen, ohne bedeutende finanzielle Abschläge früher in Rente zu gehen. Staatspräsident Sarkozy kündigt an, an seinem Reformkurs festhalten zu wollen, betont jedoch ebenso wie Vertreter der Gewerkschaften seine Bereitschaft zu Gesprächen.

15.11. Der Conseil constitutionnel entscheidet über zwei strittige Punkte des Gesetzes zur Immigration, das am 23. Oktober verabschiedet worden war. Es erkennt die Einführung von DNA-Tests zum Nachweis der Familienzugehörigkeit im Falle von Familienzusammenführungen „unter Vorbehalten“ als verfassungsgemäß an, lehnt dagegen die Einführung von „ethnischen Statistiken“ ab. Durch eine Änderung der Datenschutzbestimmungen ermöglicht das Gesetz die Sammlung von Informationen zur ethnischen Herkunft, was nach dem Urteil des Gerichts gegen den Grundsatz der Gleichheit verstöße.

17.11. Beim Parteitag des Front National (FN) in Bordeaux wird der ehemalige Präsidentschaftskandidat Jean-Marie Le Pen mit über 97 % der Stimmen als Parteivorsitzender für drei Jahre wiedergewählt.

20.11. Am siebten Tag des Ausstandes erreicht die Streikbewegung der Staatsbeamten einen neuen Höhepunkt. Ungefähr 30 % der Beamten legen die Arbeit nieder. Neben den Lokführern streiken auch viele Lehrer, Postangestellte, Krankenhausbeschäftigte und Fluglotsen.

21.11. Zum zweiten Mal seit dem Ende seiner Amtszeit muss sich der ehemalige Staatspräsident Jacques Chirac im Pariser Justizpalast im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen Unterschlagung äußern. Ihm wird vorgeworfen, in seiner Zeit als Pariser Bürgermeister zwischen 1977 und 1995 so genannte „Gefälligkeitsjobs“ an Mitglieder seiner damaligen Partei RPR vergeben zu haben. Seit dem Ende seiner Amtszeit als Staatspräsident im Juni 2007 ist der Immunitätsschutz Chiracs aufgehoben.

22.11. In der Folge der Vereinbarung von Verhandlungen zwischen der Regierung, den Verkehrsunternehmen RATP und SNCF und den Eisenbahnergewerkschaften haben die meisten der Beschäftigten, die sich seit neun Tagen im Ausstand befunden hatten, ihre Arbeit wieder aufgenommen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen sollen zwei Themen stehen: die Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 40 Jahre und die Rentenabschläge.

24.11. In Avignon findet das erste „Forum der Erneuerung“ des PS seit der Niederlage Ségolène Royals bei den Präsidentschaftswahlen 2007 statt. Etwa 500 Mitglieder diskutieren über neue Strategien der Partei zum Thema „Nation“. Bis auf den Parteivorsitzenden François Hollande sind keine führenden Vertreter der Partei anwesend.

25.11. Staatspräsident Sarkozy trifft zu seinem ersten Staatsbesuch in der Volksrepublik China ein. Er führt Gespräche, unter anderem mit seinem Amtskollegen Hu Jintao, zu politischen Themen, darunter zur Umwelt- und Menschenrechtspolitik. Dabei spricht sich Sarkozy beispielsweise gegen die Unabhängigkeit Taiwans aus. Auf dem Programm stehen neben politischen Gesprächen auch umfassende Wirtschaftsverhandlungen. Im Rahmen des Besuchs des Präsidenten vereinbaren französische Firmenvertreter Verträge mit China in Höhe von 20 Milliarden Euro. Der Nuklear-Konzern Areva wird zwei Atomreaktoren an China liefern, der Flugzeughersteller Airbus schließt Lieferverträge für 160 Flugzeuge ab.

25.11. Im Pariser Vorort Villiers-le-Bel sterben bei einem Zusammenstoß zwischen einem Moped und einem Polizeiwagen zwei Jugendliche. In der Nacht kommt es zu Ausschreitungen, Mülltonnen und Autos werden in Brand gesteckt. Die Unruhen halten mehrere Nächte an und greifen auch auf andere Städte wie Toulouse über. Mehrere Polizisten werden verletzt. Staatspräsident Sarkozy besucht Villiers-le-Bel und kündigt ein hartes Vorgehen gegen die Randalierer an.

29.11. Im Vorfeld des Besuchs von Staatspräsident Sarkozy in Algerien kommt es zu Spannungen zwischen den beiden Ländern, nachdem der algerische Minister für Kriegsveteranen, Cherif Abbès, Sarkozy vorgeworfen hatte, seine Politik an den Forderungen einer „jü-

dischen Lobby“ zu orientieren, die ihm zur Macht verholfen habe. Auch andere Vertreter der Organisation der Kriegsveteranen hatten erklärt, Sarkozy sei in Algerien „nicht willkommen“. Der algerische Präsident Bouteflika distanziert sich in einem Telefonat mit Sarkozy von den Äußerungen seines Ministers.

29.11. In einem mit Spannung erwarteten Fernsehinterview stellt Staatspräsident Sarkozy seinen Maßnahmenkatalog zur Erhöhung der Kaufkraft vor. Angesichts der schwierigen finanziellen Situation des französischen Staates strebe er eine Lockerung der 35-Stunden-Woche, die Auszahlung von Überstunden sowie die Erleichterung von Sonntagsarbeit an. Zudem sollen die Mietpreise künftig am Konsumgüterpreis statt am schnell steigenden Baukostenindex orientiert und ein neuer Preisindex eingeführt werden, der die steigenden Lebenshaltungskosten besser darstellt.

29.11. Mehrere hundert Rechtsanwälte, Richter und Justizbeamte legen für einen Tag die Arbeit nieder, um gegen die geplante Justizreform zu protestieren. Diese sieht die Streichung von ungefähr 300 Gerichten vor allem in der Provinz vor.

30.11. Im Rahmen des 26. französisch-italienischen Gipfels trifft Staatspräsident Sarkozy mit seinem italienischen Amtskollegen Romano Prodi zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die Themen Einwanderung und die von Frankreich vorgeschlagene Mittelmeerunion. Darüber hinaus finden Verhandlungen zwischen Wirtschaftsunternehmen statt, bei denen unter anderem ein Abkommen zwischen dem französischen Energieunternehmen EDF und dem italienischen Energiekonzern ENEL geschlossen wird, das ENEL eine Teilnahme am französischen Nuklearprogramm ermöglicht.

30.11. Zum ersten Mal seit Jahren gibt es ein Lebenszeichen der im Jahr 2002 von der kolumbianischen Rebellenorganisation FARC entführten Ingrid Betancourt. Die ehemalige kolumbianische Präsidentschaftskandidatin mit französischer und kolumbianischer Staatsbürgerschaft scheint sich in schlechtem gesundheitlichem Zustand zu befinden. Dies beweist ein Video von ihr, das bei der Festnahme von drei FARC-Mitgliedern sichergestellt worden war.

Dezember

1.12. Im Pariser Vorort Villepinte findet der Gründungskongress der neuen Partei „Mouvement démocrate“ (MoDem) des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten François Bayrou statt, der zum ersten Präsidenten des MoDem gewählt wird. Die neue Organisation integriert die 1978 von Valéry Giscard d'Estaing gegründete Partei „Union pour la démocratie française“ (UDF). Bayrou strebt mit dem MoDem vor allem die Beteiligung an den Präsidentschaftswahlen 2012 an und formuliert in seiner Rede eine Gegenposition zur Politik von Staatspräsident Sarkozy. Im Laufe der fast zehnjährigen Präsidentschaft Bayrous bei der Partei UDF hatte die Partei einen starken Mitgliederrückgang zugunsten der heutigen Regierungspartei UMP verzeichnet.

3.12. Bei seinem ersten Staatsbesuch in Algerien verurteilt Staatspräsident Sarkozy das französische Kolonialregime in Algerien als „zutiefst ungerecht“. Der algerische Innenminister Zerhouni wertet dies als positiv doch unzureichend, da Sarkozy eine Entschuldigung beim algerischen Volk für das erlittene Unrecht der Kolonialzeit nicht in Betracht ziehe. Die Diskussion über den Umgang mit der Kolonialvergangenheit belastet seit Jahren die französisch-algerischen Beziehungen. Sarkozy trifft bei seinem Besuch mit seinem Amtskollegen Bouteflika zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die Fragen des freien Personenverkehrs und der illegalen Immigration sowie der französische Vorschlag einer Mittelmeerunion. Zudem sollen im Rahmen des Besuchs Wirtschaftsverträge in Milliardenhöhe geschlossen werden, darunter vor allem im Bereich der Öl- und Gasindustrie.

5.12. Im Anschluss an seinen Besuch in Algerien trifft Staatspräsident Sarkozy in Paris mit Vertretern der Organisation der „Harki“ zusammen. Als „Harki“ werden Algerier bezeichnet, die im algerischen Unabhängigkeitskrieg 1954–1962 auf der Seite der französischen Armee gekämpft hatten. Sie hatten nach dem Krieg keine Unterstützung von Seiten der französischen Armee erfahren, sodass viele von ihnen von ihren Landsleuten als „Verräter“ ermordet worden waren. Sarkozy erkennt erstmals die „Fehler“ auf französischer Seite an und kündigt Maßnahmen für eine bessere Integration der ehemaligen algerischen Soldaten und ihrer Nachkommen in Frankreich an.

6.12. In Paris findet ein deutsch-französisches Treffen im Blaesheim-Format statt, an dem Staatspräsident Sarkozy und Bundeskanzlerin Angela Merkel teilnehmen. Im Mittelpunkt der Gespräche steht die Vorbereitung der französischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008. Merkel zeigt sich dabei skeptisch gegenüber der französischen Idee einer Mittelmeerunion und äußert Bedenken, dass diese zu einer Spaltung zwischen Mittel-Ost-Europa und Süd-West-Europa führen könne. Auf der Tagesordnung stehen zudem Fragen der internationalen Politik, darunter das Thema Kosovo, Libanon und der Nahost-Konflikt.

7.12. In einer Rede bei einem Kongress der „Vereinigung kleiner und mittelständischer Unternehmen“ (CGPME) kündigt Staatspräsident Sarkozy für das Jahr 2009 die Abschaffung der jährlichen Pauschalsteuer sowie weitere finanzielle Erleichterungen für kleinere und mittlere Betriebe an. Er unterstützt damit langjährige Forderungen der Unternehmerverbände. Die Reformen sollen eine Steigerung des Wirtschaftswachstums in den kommenden Jahren begünstigen.

7.12. Im Rahmen des EU-Afrika-Gipfels in Lissabon führt Staatspräsident Sarkozy Gespräche mit Vertretern mehrerer afrikanischer Staaten, darunter mit dem Präsidenten von Ruanda, Paul Kagame, sowie dem Präsidenten der Elfenbeinküste, Laurent Gbagbo. Er spricht sich dabei für einen Neubeginn der Beziehungen Frankreichs zu den beiden afrikanischen Ländern aus.

10.12. Der libysche Präsident Muammar al-Gaddafi trifft im Rahmen eines mehrtägigen Staatsbesuchs in Paris mit Staatspräsident Sarkozy zusammen. Der Besuch ist umstritten, da al-Gaddafi unter anderem von Nichtregierungsorganisationen immer wieder ein diktatorischer Führungsstil und die Verletzung von Menschenrechten vorgeworfen werden. Auch die Staatssekretärin für Menschenrechte, Rama Yade, äußert sich kritisch über den Besuch. Ein Großteil der Abgeordneten, darunter auch Vertreter der Regierungspartei UMP, nehmen aus Protest nicht am Empfang al-Gaddafis in der Nationalversammlung teil. Ziel des Besuchs ist neben politischen Gesprächen die Unterzeichnung von Wirtschaftsverträgen in Milliardenhöhe. Davon profitieren insbesondere der Flugzeughersteller Airbus und das Nuklearunternehmen Areva. Zudem werden ge-

meinsame Erklärungen in den Bereichen Sicherheit, Terrorismusbekämpfung und Kultur unterzeichnet.

10.12. Der französische Zementhersteller Lafarge kündigt den Kauf des ägyptischen Konkurrenten Orascom Cement an; der ägyptische Geschäftsmann Nassef Sawiris übernimmt elf % der Anteile an Lafarge. Wichtigstes Ziel des Kaufs ist ein Ausbau der Absatzmärkte im Nahen Osten. Lafarge ist der weltgrößte Zementhersteller vor Heidelberg-Hanson aus Deutschland.

11.12. Bildungsminister Darcos kündigt für den Schulanfang 2008 eine Reform der „carte scolaire“ an, die de facto ihre Abschaffung beinhaltet. Die Karte regelt seit 1963 die Verteilung von Schülern an Schulen. Zwar bleibt sie offiziell erhalten, doch können sich Schüler nun frei an den von ihnen bevorzugten Schulen bewerben. Die Nähe zum Wohnort der Schüler bleibt jedoch weiterhin Auswahlkriterium. Die neue Regelung wird von 72 % der Eltern befürwortet.

12.12. Staatspräsident Sarkozy kündigt in 97 Punkten eine umfassende Reform der öffentlichen Ausgaben an. Sie soll unter anderem Vereinfachungen in Scheidungsverfahren, beim Führerscheinerwerb oder bei der Ausstellung offizieller Dokumente ermöglichen, ebenso beinhaltet sie ein neues Verfahren bei den Gehaltszahlungen für Beamte sowie die Zusammenlegung des Verteidigungsministeriums mit den Generalstäben der Armee in einem einzigen Gebäude. Dank der durch die Reform ermöglichten Einsparungen soll es gelingen, das innerhalb der EU-Mitgliedstaaten vereinbarte Ziel einzuhalten, bis 2010 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

12.12. Die für die Hochschulbildung zuständige Ministerin Valérie Pécresse kündigt für die kommenden fünf Jahre zusätzliche Investitionen in die Hochschulen in Höhe von 300 Millionen Euro an. So sollen vor allem Studenten in den ersten beiden Universitätsjahren durch mehr Unterrichtsstunden und Tutorien gefördert werden. Da im Haushalt für 2008 keine zusätzlichen Lehrstellen vorgesehen sind, soll der Personalbedarf durch Aushilfskräfte gedeckt werden. In den letzten Wochen war der von Pécresse ausgearbeitete Gesetzentwurf zur Finanzautonomie von Hochschulen von Studentenverbänden scharf kritisiert worden.

13.12. Nach einem fünfwöchigen Prozess wird der korsische Schäfer Yvan Colonna von einem Sonder-schwurgericht in Paris für den Mord am korsischen Präfekten Claude Erignac am 6. Februar 1998 zu lebenslanger Haft verurteilt. Colonna war 2003 nach langer Flucht festgenommen worden. Das Urteil stützt sich nicht auf konkrete Schuldbeweise, sondern auf die Aussagen von Mittätern. Diese hatten Colonna zunächst beschuldigt, ihre Aussagen jedoch später zurückgezogen. Colonna beteuert seine Unschuld. Dem Fall wird große Bedeutung für den Umgang des französischen Staates mit der korsischen Unabhängigkeitsbewegung zugemessen.

13.12. Wie die Vertreter der anderen 26 EU-Mitgliedstaaten unterzeichnen Staatspräsident Sarkozy und Außenminister Kouchner in Lissabon den vereinfachten EU-Reformvertrag. Er sieht unter anderem Veränderungen im Entscheidungssystem der EU, eine Stärkung des Europäischen Parlaments und die Schaffung des Amtes eines Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik vor. Parallel zur Unterzeichnung des Vertrags wird, einem Vorschlag von Staatspräsident Sarkozy folgend, eine „Reflexionsgruppe Horizont 2020–2030“ eingesetzt, die Szenarien für die Zukunft der EU bis 2030 erarbeiten soll. Dem Rat, der 2008 seine Arbeit aufnehmen und bis 2010 einen ersten Bericht vorlegen soll, steht der ehemalige spanische Premierminister Felipe González als Präsident vor.

17.12. Infolge finanzieller Probleme und nach drei abgewendeten Insolvenzverfahren seit 2003 stellt der international renommierte Hersteller von Schuhen, Charles Jourdan, seine Produktion ein. Knapp 200 Angestellte verlieren ihren Arbeitsplatz, nachdem in den vergangenen Jahren bereits 400 Stellen abgebaut worden waren. Vor wenigen Wochen hatte auch der Konkurrent Stéphane Kélian, wie Charles Jourdan in Romans-sur-Isère angesiedelt, Insolvenz angemeldet.

19.12. In Paris findet ein Sozialgipfel statt, auf dem Vertreter der Regierung sowie der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände die Agenda der Sozialreformen des Jahres 2008 festlegen. Im Zentrum der Reformen sollen die Bereiche Kaufkraft, Arbeitsmarkt, Berufsausbildung, öffentlicher Dienst und Armutsbekämpfung stehen.

20.12. Im Rahmen eines Staatsbesuchs im Vatikan erhält Staatspräsident Sarkozy eine Audienz bei Papst Benedikt XVI. Sarkozy betont dabei die „christlichen Wurzeln Frankreichs“, die trotz des Grundsatzes der Trennung von Kirche und Staat Bestand hätten. Sarkozy steht mit seiner Haltung in deutlichem Gegensatz zu seinem Vorgänger Jacques Chirac, der es 1996 in Befolgung des Laizitätsgrundsatzes der französischen Republik abgelehnt hatte, als Staatspräsident an einer Messe von Papst Johannes Paul II. teilzunehmen.

Im Anschluss trifft Sarkozy in Rom mit dem italienischen Ministerpräsidenten Romano Prodi und dessen spanischem Amtskollegen José Luis Zapatero zusammen. Entgegen bisherigem Zögern sprechen sich beide Regierungschefs für die von Sarkozy vertretene Idee einer Mittelmeerunion aus. Ein erster Gipfel der betroffenen Staaten soll am 13. Juli 2008, also während der französischen EU-Ratspräsidentschaft stattfinden. Der bisher erarbeitete Plan zur institutionellen Struktur der Union sieht unter anderem ein Generalsekretariat ähnlich dem der EU vor. Darüber hinaus wird über eine gemeinsame Finanzinstitution beraten.

20.12. Die Mobilfunktochter SFR des Telekommunikations- und Medienkonzerns Vivendi kauft vom Konzern Dreyfus 29,5 % der Aktien am Mobilfunkanbieter Cegetel und baut damit ihre Beteiligung auf 70 % aus. Ziel sei eine langfristige Übernahme, so Vivendi-Chef Bernard Levy. Vivendi entwickelt sich damit zu einer starken Konkurrenz des Marktführers France Télécom.

20.12. Der Conseil constitutionnel gibt bekannt, dass die Ratifizierung des Reformvertrages der EU in Frankreich eine Änderung der Verfassung erfordert. Der Änderungsprozess soll bis zum 4. Februar 2008 abgeschlossen sein. Er wird vor allem auf Grund neuer Bestimmungen zur Übertragung von Kompetenzen auf die Organe der Europäischen Union sowie Fragen der Kompetenzverteilung zwischen den Institutionen der EU notwendig.

22.12. Gemeinsam mit Verteidigungsminister Hervé Morin und dem Philosophen André Glucksmann besucht Staatspräsident Sarkozy Afghanistan. Er trifft dort mit dem afghanischen Präsidenten Hamid Karzai zusammen und stattet den französischen Truppen einen Besuch ab.

22.12. Der französische Schriftsteller Julien Gracq ist im Alter von 97 Jahren gestorben. Der Autor von Romanen und einem Theaterstück, bekannt vor allem für die strenge Form seiner Werke und seine ungewöhnlichen Metaphern, hatte dem französischen Literaturbetrieb ablehnend gegenüber gestanden. So kritisierte er vor allem die Kommerzialisierung und das Streben der Autoren nach Auszeichnungen und Preisen. Er selbst hatte im Jahr 1951 den wichtigen Literaturpreis „Prix Goncourt“ abgelehnt.

26.12. Sechs Mitarbeiter der französischen Kinderhilfsorganisation „L'Arche de Zoé“ werden im Tschad zu je acht Jahren Zwangsarbeit sowie zu Schadenersatzzahlungen in Höhe von über sechs Millionen Euro verurteilt. Ihnen wird die versuchte Entführung von 103 Kindern aus dem Tschad vorgeworfen, um sie an französische Adoptivfamilien zu vermitteln. Die Mitarbeiter geben an, davon ausgegangen zu sein, dass es sich bei den Kindern um Waisen aus dem Sudan handle. Frankreich will die Auslieferung seiner Staatsbürger beantragen.

30.12. Im Anschluss an einen Privaturlaub in Ägypten trifft Staatspräsident Sarkozy in Kairo mit dem ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak zusammen. Sarkozy bietet Ägypten dabei Unterstützung beim Aufbau eines Programms zur zivilen Nutzung der Atomkraft an.

30.12. Staatspräsident Sarkozy kündigt eine Unterbrechung der offiziellen Kontakte zu Syrien an, bis im Libanon die Präsidentschaftswahl durchgeführt ist. Am 22. Dezember war die Wahl erneut verschoben worden, da sich anti-syrische und pro-syrische Kräfte nicht über die künftige Machtverteilung einigen können. Frankreich hatte während der vergangenen Wochen versucht, zwischen den Parteien zu vermitteln. Nun fordert Sarkozy seinen syrischen Amtskollegen Baschar al-Assad auf, die Wahl im Libanon nicht weiter zu behindern und der Bestimmung eines Kompromisskandidaten nicht im Weg zu stehen. Sarkozys Haltung stellt eine Wende in seiner Syrien-Politik dar. Bisher hatte er im Verhältnis zu Damaskus auf Kooperation gesetzt und damit mit der Position seines Vorgängers Chirac gebrochen, der nach dem tödlichen Anschlag auf den früheren libanesischen Regierungschef Rafik Hariri alle Kontakte zu Syrien eingestellt hatte, da die syrische Armee mit dem Anschlag in Verbindung gebracht worden war.